

QUALITÄTSSICHERUNGSPLAN (QSP)

- BAUFELDHERRICHTUNG -

Projekt

Neubau Schule an der Ruhr (MW43)
Mintarder Weg 43
45219 Essen

Auftraggeber

Stadt Essen
Fachbereich 60
Lindenallee 59 – 67
45121 Essen

Bearbeitungs-Nr.

22-P-1824

Dateiname

22-P-1824QSP

Bearbeiter

Dipl.-Geol. Gerd Hallermann

Datum

19.12.2024

INHALT

1.	AUSGANGSSITUATION	3
2.	ALLGEMEINE BESCHREIBUNG	4
3.	KAMPFMITTEL	6
4.	BESONDERHEITEN IM BAUFELD	7
4.1	ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ	7
4.2	BESTANDSLEITUNGEN	8
5.	VERKEHRSINFRASTRUKTUR	9
6.	QUALITÄTSSICHERUNG GEOTECHNIK	11
6.1	BAUPHASEN	11
6.2	GEOTECHNISCHE QUALITÄTSPRÜFUNGEN	12
7.	QUALITÄTSSICHERUNG UMWELTTECHNIK	14
7.1	BAUPHASEN	14
7.2	ABFALLARTEN UND ENTSORGUNG	14
7.3	MATERIALSEPARATION	16
8.	SONSTIGES	17
9.	ABSCHLIEßENDES	20

ANLAGEN

ANLAGE 1	ÜBERSICHTSLAGEPLAN	(1)
ANLAGE 2	LAGEPLAN HERRICHTUNG BAUGRUBE, M 1 : 500	(1)

1. **AUSGANGSSITUATION**

Das Handlungskonzept Baureifmachung soll die anfallenden Stoffströme und zeitlichen Abläufe im Baufortschritt konkretisieren. Ziel ist es, für beide Seiten eine größtmögliche Transparenz und Kontrollmöglichkeit im Hinblick auf die Abrechnung und Gewährleistung der Leistungen zu erreichen.

Es ist derzeit von einem Baubeginn im März 2025 auszugehen.

Bauherr für das Bauvorhaben ist die Stadt Essen, Fachbereich 60, Immobilienwirtschaft (im Folgenden AG abgekürzt).

Die folgenden Hinweise sind zu berücksichtigen und durch den Auftragnehmer (im Folgenden AN abgekürzt) zu gewährleisten. Die hier beschriebenen Leistungen sind durch den AN in den Einheitspreisen der zugehörigen Positionen zu kalkulieren. Sofern Ergänzungserfordernisse zu den nachfolgenden Punkten bestehen, sind diese schriftlich darzustellen.

Für das Projektgebiet bestehen folgende Bauziele:

- Vorhandene Vegetationsflächen abziehen / roden und entsorgen
- Demontage von oberirdischen Bestandsanlagen (Zäune, Spielgeräte, etc.)
- Aushub / Herstellung der erforderlichen, befahrungstabilen Übergabehorizonte für die Folgegewerke des geplanten Neubaus in den erforderlichen Dimensionen
- Entsorgung von nicht auf der Fläche wiederverwertbaren Böden bzw. Ersatzbaustoffen
- Verfüllung der Baugrube gem. Anweisung des AGs mit flächenintern angefallenen Böden bzw. Ersatzbaustoffen

2. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG

Auf einem Grundstück südlich des Mintarder Wegs sowie nördlich des Eva-Hollands-Weg in Essen Kettwig soll nach Rückbau des vormals hier bestehenden Schulgebäudes unter der stadtinternen Projektbezeichnung MW43 der Neubau der Schule an der Ruhr entstehen.

Die Umgebungsnutzung besteht im Norden, Osten und Süden überwiegend aus Wohnbebauung sowie aus der nordwestlich angrenzenden Kindertagesstätte Mintarder Weg. Im Westen schließen gewerblich genutzte Flächen (ehem. Chemische Reinigung, Futtermittelfabrik) an.

Nach Rückbau der Bestandsgebäude wurde der Großteil der Grundstücksfläche zur Herstellung eines befahrbaren Planums mit RC-Material abgedeckt, nachdem ein Geotextil auf dem Rohplanum verlegt wurde. Die Mächtigkeiten der RC-Auflage beträgt zwischen rd. 0,3 m und rd. 3,0 m im Unterkellerungsbereich des ehemaligen Schulgebäudes. Zum Geländeabschluss wurde die Oberfläche großflächig mit Oberboden abgedeckt und mit Raseneinsaat kultiviert.

Im zentralen Bereich wurde ein Rad- und Fußweg mit einer wassergebundenen Decke hergestellt, um eine rad- und fußgängige Verbindung zwischen dem Eva-Hollands-Weg und dem Mintarder Weg zu gewährleisten. Darüber hinaus befinden sich aktuell eine mit einem Ballfangzaun umfasste Sportplatzfläche (Kleinfeld) und eine städtische Spielplatzfläche im Baubereich. Das Gelände ist weitgehend eben ausgebildet und weist eine mittlere Geländehöhe von rd. 43 m NN auf.

Das Gelände ist aktuell mit Gräsern, Sukzessionsbewuchs und Büschen bewachsen. Bereichsweise befindet sich noch Baumbestand auf dem Gelände. Der Baumbestand wird vor Beginn der Arbeiten Seitens der Bauherrin beseitigt bzw. geschützt.

Im Vorfeld des Schulneubaus ist das Baufeld in einen bebauungsfähigen Zustand zu bringen. In diesem Zusammenhang wurden planerisch Übergabehorizonte für die nachfolgenden Gewerke definiert.

Aus bautechnischer Sicht werden aufgrund resultierender Höhenverhältnisse Abtragsarbeiten (Herstellung Übergabehorizonte, Herstellung Planum Außenanlagen, BE – Flächen) sowie Verfüllarbeiten (Sicherstellung einer ausreichenden Tragfähigkeit, Baugrubenverfüllung, Geländemodellierung) erforderlich.

Es ist es vorgesehen, anfallendes Aushubmaterial bei entsprechender chemischer und geotechnischer Eignung am Standort zu belassen. Nicht geeignetes oder überschüssiges Material sollen einer ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Entsorgung zugeführt werden.

Vorgaben aus dem Bodenmanagement- und Flächenaufbereitungskonzept sind zu beachten und umzusetzen. Der Bodenaushub findet in enger Abstimmung mit dem begleitenden Fachgutachter statt.

Folgende Übergabehorizonte wurden abgestimmt:

- Übergabehorizont Gebäudebereich auf 42,80 m NN
- Bauzeitlicher Horizont Schulhofbereich auf 41,90 m NN
- Übergabehorizont Schulhofbereich auf 42,80 m NN
- Übergabehorizont eingefasste Spielplatzfläche auf 43,85 m NN
(einschließlich Höhenangleichung Zuwegung (Rampe))

Die korrespondierenden Lagepläne und Lageskizzen sind der Anlage zu entnehmen.

Die Übergänge zwischen den einzelnen Niveaus sind mit Böschungswinkel von maximal 45° zu realisieren. Die Böschungsköpfe müssen einen Abstand von ≥ 1 m zu den Grundstücksgrenzen einhalten.

Im Bereich der geplanten Schulhoffläche ist geplant nach Herstellung des Übergabeplanums ein Stauraumkanal zu verlegen. Anschließend soll der Flächenbereich auf ein einheitliches Übergabehöhe von 42,80 m NN rückverfüllt werden.

3. **KAMPFMITTEL**

Zu möglichen Kampfmitteln wurden das Ordnungsamt der Stadt Essen und die Bez.-Reg. in Düsseldorf angefragt. Die Stellungnahmen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In Teilbereichen war eine Auswertung der Luftbilder nicht möglich. Aus diesem Grund sind Erdarbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Erdarbeit einzustellen und umgehend der Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen.
- Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. wird eine Sicherheitsdetektion empfohlen.

4. BESONDERHEITEN IM BAUFELD

4.1 ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Nordwestlich der in Rede stehenden Projektfläche existierte in früheren Zeiten eine chemische Reinigung. Die Betriebstätigkeit dieser Reinigung führte zu einem nachweislichem Tetrachlorethen (PER) – Schaden. Die Altlast steht unter Beobachtung der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) der Stadt Essen. Der Eigentümer der Liegenschaft, auf der die chemische Reinigung betrieben wurde, wurde zur Sanierung aufgefordert, welche in Teilbereichen bereits erfolgt ist.

Nach Aussagen der Stadt Essen ist eine Dekontaminationsmaßnahme auf der städtischen Projektfläche nicht erforderlich. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass auch nach erfolgter Sanierung der Schadensquelle, Restverunreinigungen im Boden anzutreffen sind.

Vorgaben aus dem Arbeitsschutz- und Sicherheitsplan sind zu beachten und umzusetzen.

Bei einer Konkretisierung der Gefährdung, z.B. bei erhöhten Bodenluftgehalten oder beim Antreffen von kontaminiertem Grundwasser, kann die Baustelleneinrichtung bei Erfordernis wie folgt ergänzt werden:

- Einhausung (Bauzaun mit Planen)
- Bewetterung

Eine Einteilung in Schutzzonen ist nicht vorgesehen.

Bei den Erdarbeiten ist möglichst staubarm zu arbeiten. Sollte sich eine Staubentwicklung nicht vermeiden lassen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Niederschlagung der Stäube durch Wasserberieselung/-benebelung

4.2 BESTANDSLEITUNGEN

Das Grundstück wird von einer Hauptwasserleitung der Rheinisch Westfälischen Wasserwerke (RWW) gequert. Die objektspezifischen Schutzanweisungen sind zu berücksichtigen.

Darüber hinaus befindet sich eine querende Abwasserleitung im Betrieb.

Aufgrund resultierender Höhenverhältnisse wird im südlichen Baufeld ein Kanaldeckel oberhalb des Höhenniveaus des hier ausgewiesenen Übergabehorizontes liegen (KD 43,33 m NN). Der Kanalschacht ist mit geeigneten Maßnahmen zu schützen, z. B. über einen umlaufender Erdkeil aus auf der Baustelle vorhanden Materialien.

Im nördlichen Baufeld wird ein Kanaldeckel unterhalb des Höhenniveaus des hier ausgewiesenen Übergabehorizontes bzw. im Bereich der geplanten Zuwegung liegen (KD 43,39 m NN). Der Kanalschacht ist ggf. mit geeigneten Maßnahmen zu schützen. Die Maßnahmen sind nach Flächenbedarf der Baulogistik abzustimmen.

5. VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die Baufläche liegt im Stadtteil Essen-Kettwig und ist über den Eva-Hollands-Weg bzw. den Mintarder Weg zu erreichen. Die Anfahrt zum Projektgelände erfolgt ausschließlich über den Eva-Hollands-Weg, die Ausfahrt über den Mintarder Weg. Eine Befahrung der Straßen des angrenzenden Wohngebietes ist für den Baustellenverkehr nicht gestattet. Vorgaben der durch den AG gestellten Baulogistik sind zwingend zu beachten. Fahrzeuge des AN müssen mit der jeweils notwendigen Feinstaubplakette ausgerüstet sein. Evtl. Nutzungserlaubnisse bzw. Anträge und Kosten bspw. für Schwertransporte sind vom AN eigenständig zu prüfen, zu beauftragen und die Kosten hierfür einzukalkulieren.

Sofern der AN für eine verkehrsrechtliche Beschränkung im Straßenverkehr eine temporäre Aufhebung wünscht, ist diese durch den AN eigenständig bei den Behörden zu beantragen und zu erwirken. Die Kosten hierzu sind einzukalkulieren.

Der AN hat die möglichen Zufahrtswege vor Abgabe eines Angebots zu prüfen. Mehrkosten, die sich aus Unkenntnis der Örtlichkeit ergeben werden vom AG nicht gesondert vergütet.

In jedem Fall müssen geeignete Feuerwehr-/ Rettungswege mit den entsprechenden Institutionen abgestimmt und eingerichtet werden. Die Erreichbarkeit der Nachbargebäude muss für die Nutzer und Bewohner **durchgehend** gewährleistet sein. Die technischen Anlagen im Projektgebiet müssen jederzeit für Befugte zugänglich sein. Sonstige Zufahrten, Feuerwehr, Rettung und Anlieferungswege auch innerhalb des Baufeldes dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Die Nutzung sämtlicher Wege und Straßen ist mit den zuständigen Behörden / Eigentümern abzustimmen. Jegliche Genehmigungsschritte sind Aufgabe des AN. Der Fußgänger, Fahrrad- und Straßenverkehr darf durch die Arbeit nicht behindert werden. Neben dem Straßenverkehr sind Fußgänger und Radfahrer durch geeignete Maßnahmen vor dem Baustellenverkehr und Betrieb zu schützen. Öffentliche und private Wege, Grundstücke und Bestandsgebäude sind vor Beschädigung zu schützen. Beschädigungen müssen vom AN auf eigene Kosten sach- und fachgerecht behoben werden.

Sollten Verpackungsmaterialien, Bauabfälle usw. versehentlich auf fremde Grundstücke gelangen, sind diese umgehend wieder zu beseitigen. Die für den An- und Abtransport benutzten öffentlichen

Straßen sind vom AN, nach Erfordernis, sauber zu halten. Die Ausfahrten und Straßen, Fuß und Radwege dürfen durch die Arbeiten nicht nachteilig eingeschränkt oder verschmutzt werden. Bei Verschmutzung sind umgehend für Straßen und Geh- und Radweg zugelassene selbst aufnehmende Kehrmaschinen einzusetzen.

6. QUALITÄTSSICHERUNG GEOTECHNIK

6.1 BAUPHASEN

Die geplanten Erdarbeiten erfolgen aus geotechnischer Sicht in den folgenden Phasen:

1. Baustelleneinrichtung, Vorbereitende Maßnahmen
2. Abziehen des Oberbodens einschließlich externer Verwertung / Entsorgung
3. Baugrubenaushub Schulhoffläche auf ein Niveau von 41,90 m NN und Entsorgung der Böden. Nachverdichtung nur von Bereichen mit rolligen Böden.
4. Bodenabtrag Gebäudebereich bis auf Übergabehorizont 42,80 m NN mit anschließender Nachverdichtung der Fläche
5. Lagenweise verdichteter Einbau des gewonnenen RC-Materials der Restfläche in den Bereich der Schulhoffläche bis zum Übergabehorizont 42,80 m NN
6. Erstellung einer Rampe zum Sandkasten der Spielplatzfläche aus intern gewonnenem RC-Material
7. Entnahme und seitliches lagern des Sandes aus dem Sandkasten der Spielplatzfläche in Abstimmung mit der Fachbauleitung des AG
8. Auffüllen des Sandkastens mit intern gewonnenem RC-Material (lagenweise verdichteter Einbau) einschließlich Herstellung einer Rampe zum Spielplatzbereich in den geeigneten Dimensionen

6.2 GEOTECHNISCHE QUALITÄTSPRÜFUNGEN

Im Hinblick auf die Herstellung von tragfähigen Planien werden von der Fachbauleitung des AG folgende Kontrollen durchgeführt:

Übergabehorizont Gebäudebereich auf Niveau 42,80 m NN:

Prüfzeitpunkt: mindestens 24 h nach Nachverdichtung
Proctordichte: $D_{Pr} > 97 \%$, $E_{v2} > 70 \text{ MN/m}^2$
Prüfraster: 20 m · 20 m
Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Bauzeitlicher Horizont Schulhofbereich auf 41,90 m NN:

Baugrubensohle:

ohne Prüfung
Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Herstellung 1. Lage Rückverfüllung auf Niveau 42,2 m NN:

Prüfzeitpunkt: mindestens 24 h nach Nachverdichtung
Lagenstärke: 0,3 m
Proctordichte: $D_{Pr} > 95 \%$, $E_{v2} > 45 \text{ MN/m}^2$
Prüfraster: 10 m · 10 m
Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Herstellung 2. Lage Rückverfüllung auf Niveau 42,5 m NN:

Prüfzeitpunkt: mindestens 24 h nach Nachverdichtung
Lagenstärke: 0,3 m
Proctordichte: $D_{Pr} > 97 \%$, $E_{v2} > 70 \text{ MN/m}^2$
Prüfraster: 10 m · 10 m
Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Herstellung 3. Lage Rückverfüllung auf Niveau 42,8 m NN (entspricht Übergabehorizont):

Prüfzeitpunkt: mindestens 24 h nach Nachverdichtung
Lagenstärke: 0,3 m
Proctordichte: $D_{Pr} > 97 \%$, $E_{v2} > 70 \text{ MN/m}^2$
Prüfraster: 10 m · 10 m
Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Übergabehorizont Spielplatzbereich auf Niveau 43,85 m NN:

Baugrubensohle:

ohne Prüfung

Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Herstellung 1. Lage Rückverfüllung auf Niveau 43,55 m NN:

Prüfzeitpunkt: mindesten 24 h nach Nachverdichtung

Lagenstärke: 0,3 m

Proctordichte: $D_{Pr} > 95 \%$, $E_{v2} > 45 \text{ MN/m}^2$

Prüfraster: 10 m · 10 m

Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

Herstellung 2. Lage Rückverfüllung auf Niveau 43,85 m NN:

Prüfzeitpunkt: mindesten 24 h nach Nachverdichtung

Lagenstärke: 0,3 m

Proctordichte: $D_{Pr} > 97 \%$, $E_{v2} > 70 \text{ MN/m}^2$

Prüfraster: 10 m · 10 m

Einbaukontrolle Höhenlage: +/- 3 cm

7. QUALITÄTSSICHERUNG UMWELTECHNIK

7.1 BAUPHASEN

Die geplanten Erdarbeiten erfolgen aus umwelttechnischer Sicht in den folgenden Phasen:

1. Baustelleneinrichtung, Vorbereitende Maßnahmen
2. Baugrubenaushub / Bodenabtrag in Abstimmung mit der Fachbauleitung des AG
3. Bildung von Haufwerken auf der Bereitstellungsfläche
4. Beprobung, Kontroll- bzw. Deklarationsanalytik durch den AG
5. flächeninterne Verwertung von Böden / Ersatzbaustoffen zur Verfüllung von Baugruben bzw. Geländemodellierung
6. Abtransport von Böden / Ersatzbaustoffen

Vor Beginn der Arbeiten muss die Baustelle fristgerecht bei allen erforderlichen Stellen angemeldet werden. Der AG ist entsprechend frühzeitig über den Beginn der Arbeiten zu informieren.

Der AN erstellt zur Angebotsabgabe einen aussagekräftigen Baustelleneinrichtungsplan und ein Gerätekonzept mit Erläuterung auf Grundlage des Bauzeitenplans des AG und übergibt diese dem AG zur Freigabe.

7.2 ABFALLARTEN UND ENTSORGUNG

Sofern nichts Anderes vermerkt ist, gilt generell, dass die Verpackung, der Transport und die Entsorgung der bei den Arbeiten anfallenden Stoffe einzukalkulieren ist.

Vom AN sind für den Abtransport und die Entsorgung der Materialien gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz und der weiteren gesetzlichen Grundlagen voll umfassende, abfallrechtliche Verfahren durchzuführen. Das Einholen von Transportgenehmigungen, Entsorgungsnachweisen etc. ist einzurechnen und wird ebenso wie die Abstimmung mit den zuständigen Behörden, Genehmigungsverfahren, Übernahme bzw. Begleitscheinverfahren nicht gesondert vergütet. Eine eventuell elektronische Nachweisführung übernimmt der AN in Absprache mit den zuständigen Behörden. Hierdurch möglicherweise entstehende Warte- und Standzeiten sind vom AN einzukalkulieren. Es ist zu

berücksichtigen, dass die Nachweise zu Entsorgung, insbesondere von gefährlichen Abfällen, jederzeit durch die Behörde bzw. das zuständige Ressort gefordert werden kann.

In den Positionen für Transport und Entsorgung sind unter anderen das Aufnehmen der Materialien und der Transport bis zur jeweiligen Entsorgungseinrichtung, Übergabe der Wiegebelege an den AG, die Durchführung des Begleitscheinverfahrens, das Führen eines Registers, das Einholen der Entsorgungsnachweise, Liefern, Bereitstellung, Vorhalten, Betreiben, Räumen von geeigneten Behältern, Verpackungsmaterial, Containern und Mulden auch mit Deckel inklusive Standzeit, einzurechnen.

Spätestens bis zwei Wochen vor Beginn der Erdarbeiten übergibt der AN ein prüffähiges Entsorgungskonzept. Für jede Position bzw. Abfallart ist in dem Entsorgungskonzept der geplante Verwertungsweg zu beschreiben (Entsorgungsstellen). Für die Böden sind jeweils vor Beginn der Maßnahme die Annahmeerklärungen der entsprechenden Stellen der Fachbauleitung des AG vorzulegen. Der Anschluss und Benutzungszwang der Stadt Essen ist zu beachten und umzusetzen.

Der Abfallerzeuger oder Besitzer ist nach Kreislaufwirtschaftsgesetz für die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen mitverantwortlich. Dies gilt auch, wenn mit Beauftragung der Leistung Entsorgungsverantwortlichkeit auf den AN übertragen wird und Abfälle weitergegeben werden. Ebenso tragen der Transporteur und das Entsorgungsunternehmen als weiterer Abfallbesitzer Verantwortung.

Die Verantwortlichkeit des Bauherrn gilt es besonders zu berücksichtigen. Die Einschaltung eines Entsorgungsfachbetriebes für die Abfallentsorgung ist vom AN, sofern nicht selbst Entsorgungsfachbetrieb, vorzunehmen. Alle Abfälle aus dem Projektgebiet gehen mit Anfall/Entstehung in Besitz des AN über. Der AN wird Abfallerzeuger. Der AN übernimmt die vom AG vorgegebene Abfallbezeichnung. Sofern der AN über einen anderen AVV-Schlüssel entsorgen möchte, ist neben der rechtlichen Zulässigkeit die Zustimmung beim AG und der zuständigen Behörde einzuholen.

Zum Abschluss der Arbeiten ist durch den AN eine vollständige Dokumentation zur Entsorgung dem AG bzw. Bauherrn zu übergeben. Bei Nichtbeachtung kann die Abnahme verweigert werden.

Die Wiegebelege von entsorgten Böden sind auf der Baustelle vorzuhalten und in Kopie dem Fachgutachter zu übergeben.

7.3 MATERIALSEPARATION

Die Aushubarbeiten sind so zu gestalten, dass sämtliche Böden rein gewonnen und nicht miteinander vermengt werden.

Sollte aufgrund unsachgemäß durchgeführter Separation eine Mehrung der zu Entsorgung, insbesondere zur Beseitigung anfallender Stoffe entstehen, trägt der AN hierfür die Kosten inklusive des Aufwands für eine Nachsortierung auf Anweisung des AG. Eine Verdünnung durch das Vermischen von Stoffen oder Bauteilen ist grundsätzlich verboten.

Sämtliche Separierungsarbeiten erfolgen in Abstimmung mit dem Fachgutachter des AG.

8. SONSTIGES

Mit Start der Tiefbauarbeiten wird eine fertig hergerichtete Baustelle gem. Baulogistikplanung vorzufinden. Zum Schutz der Baustelle vor dem Zutritt unbefugter Personen ist diese vom AG mit einem umlaufenden Bauzaun abgesichert. Die Verkehrssicherung (Außen) wird durch die Baulogistik übernommen. Zum Anschluss des Baustroms wird ein Gruppenverteiler aufgestellt. Die Baufeldbeleuchtung (Keine Arbeitsplatzbeleuchtung) erfolgt durch Baulogistik. Die Bauwasseranschlüsse werden durch die Baulogistik eingerichtet. Die Reinigung der öffentlichen Straßen erfolgt im Auftrag des Baulogistikers.

Die sichere Verlegung, Instandhaltung, Umlegung und Demontage erforderlichen Anschlussleitung ist Aufgabe des AN, der für Unfälle bzw. Schäden, die aus der Benutzung der Wasserversorgung entstehen, allein haftet. Die Trassierung darf den Verkehrsraum Dritter nicht behindern.

Die Trassierung der Stromversorgung darf den Verkehrsraum Dritter nicht behindern. An den elektrischen Anlagen sind Eingriffe durch Unbefugte verboten und zu verhindern. Der AN ist dafür verantwortlich, dass seine gewerkspezifischen elektrischen Anlagen sprechend den VDE Bestimmungen und den zusätzlichen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschrift „elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ errichtet, betrieben und geprüft werden. Es ist die Fehlerstromschutzschaltung anzuwenden. Die notwendigen elektrischen Geräte sind vom AN bereitzustellen.

Alle anfallenden (persönlichen) Abfälle sind mindestens wöchentlich, falls erforderlich auch häufiger, vom verursachenden AN von der Baustelle abzufahren und entsprechend den regionalen Bestimmungen zu entsorgen. Abfallverbrennung auf der Baustelle ist verboten. Kommt der AN seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nach, behält sich der AG vor eine eigene Säuberungskolonne einzusetzen und den AN mit den anfallenden Kosten zu belasten.

Die Bauleitung des AG ist berechtigt, Material, welches die Sicherheit gefährdet, Wege versperrt, Arbeiten Anderer behindert oder unzulässige Brandlasten darstellt, auf Kosten des AN entfernen zu lassen

Die Arbeiten dürfen nur mit den für die Örtlichkeit geeigneten Geräten, Anbaugeräten beispielsweise Sortiergreifer, Meißeln etc. folgen.

Die Arbeiten sind so weit technisch möglich unter Verhinderung von Staub durchzuführen.

Die Staubemissionen sind durch Befeuchten auf ein Minimum zu reduzieren. Es ist dauerhaft sicher zu stellen, dass Wasserstrahlen und Sprühnebel zur Bekämpfung der Staubemission nicht in Richtung von elektrischen Anlagen oder Nachbargrundstücken und Straßen ziehen (zum Beispiel Trafostationen, Nachbarbebauung). Die erforderlichen Maßnahmen hat der AN im Leistungsbereich mit einzurechnen. Die bedienenden Personen der Staubbindung sind über das Gefährdungspotenzial durch Wassernebel aufzuklären. Auf die Gefahren von überfrierender Nässe wird hiermit hingewiesen. Der AG überträgt die Verkehrssicherungspflicht für die Baustelle auf den AN.

Der AG ist berechtigt, bei Staubentwicklung die Baustelle auf Kosten des AN stillzulegen. Sollten aus Staub Verwehungen Verschmutzung oder sonstige Schäden entstehen, trägt der AN die gesamte Beseitigung samt Schadensersatz. Beim Transport sind Fahrzeuge mit geplanten Lagerflächen einzusetzen. Verkehrsrechtlichen Einschränkungen (beispielsweise Höhe) sind zu beachten.

Alle Arbeiten sind unter besonderer Rücksichtnahme auf die Anwohner und Passanten vorzunehmen. Gefahren durch die Arbeiten dürfen nicht entstehen.

Vorgaben aus der Emissions- und Anwohnerschutzkonzeption sind zu beachten und umzusetzen.

Der AN hat sich mit der Lage und Verlauf der Ver- und Entsorgungsleitung vertraut zu machen und bei Ausschachtungen vorsichtig vorzugehen. Bei der Arbeitsausführung freigelegte unter Betrieb stehende Wasser, Gas, Kanal, elektrische Leitung oder sonstige Anlagen sind mit Sorgfalt und Umsicht nach geltenden Vorschriften und im Einvernehmen mit dem Betreiber sicher zu schützen. Bei Gasgeruch oder anderen Gefahren, ist der AG und der Leitungseigentümer sofort zu benachrichtigen, auch wenn noch keine Leitung freigelegt sind. Der AN muss das zuständige Betriebsunternehmen und den AG über jede Beschädigung vorhandener Leitungen und Kabel sofort verständigen. Durch solche Beschädigung entstehenden Kosten trägt der AN. Durch den Rückbau betroffener Versorgungs- und Entsorgungsleitungen sowie Kanäle sind, soweit sie außer Betrieb genommen sind, entsprechend den Vorgaben der DIN 1986 – 100 zurückzubauen bzw. zu sichern, Anschlüsse, an Leitungen und Kanälen bleiben bestehen. Anschlussleitung die zukünftig wieder in Betrieb genommen werden sollen, sind entsprechend den Ausführungsbestimmungen gemäß § 61 A LWG, nach Außerbetrieb Name, durch einen sachkundigen, auf Dichtheit zu überprüfen (Staatsprüfung) und auf dem Grundstück fachgerecht zu verschließen.

In beiden Fällen ist die Außerbetriebnahme der Anschlussleitung mit der zuständigen Fachbehörde der Stadt Essen schriftlich anzuzeigen und bedarf einer Abnahme. Die Lage der Leitung ist in einem Plan festzuhalten und einzumessen. Der Plan und das Protokoll der Dichtheitsprüfung sind der Anzeige der Außerbetriebnahme beizulegen.

Im Bereich von Kabeln und Rohrleitungen insbesondere im Schnittstellenbereich dürfen Arbeiten nur von Hand ausgeführt werden. Werden bei Arbeiten unerwartete Kabel oder Rohrleitung aufgefunden, ist der AG zu benachrichtigen. Entstehen durch Missachtung dieser Vorschrift Schäden, so haftet der AN für alle zur Behebung des Schadens entstehenden Kosten.

Es dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in den Untergrund oder die Kanalisation gelangen. Bei Missachtung dieser Auflagen trägt der AN alle daraus resultierenden Kosten. Zudem sind vorhandene Einläufe, Kanaldeckel etc. der zu erhaltenen Kanäle gegen Eintrag von Bauschutt, Staub, Boden, Abfall etc. als unmittelbare Folge der Erdbewegung durch geeignete Maßnahmen zu schützen. Werden Vermarkungspunkte beschädigt, so ist dies der Bauleitung des AG sofort zu melden, müssen sie aus Bau – und Montagegründen entfernt werden, so bedarf dies der Genehmigung durch den AG. Werden ohne Zustimmung des AG Vermarkungspunkte verändert, ersetzt oder entfernt, trägt der AN die Kosten der Neuvermessung.


9. ABSCHLIEßENDES

Sollten geotechnische- oder umwelttechnische Fragen auftreten, die im vorliegenden Qualitätssicherungsplan nicht bzw. nicht ausreichend behandelt wurden, oder sollten sich Abweichungen bzw. Abänderungen in den Planungen bzw. Annahmen ergeben, die diesem Qualitätssicherungsplan zugrunde gelegt wurden, so ist die Grundbaulabor Bochum GmbH vom Auftraggeber zu informieren und zu einer ergänzenden Stellungnahme aufzufordern.

Bochum, 19.12.2024

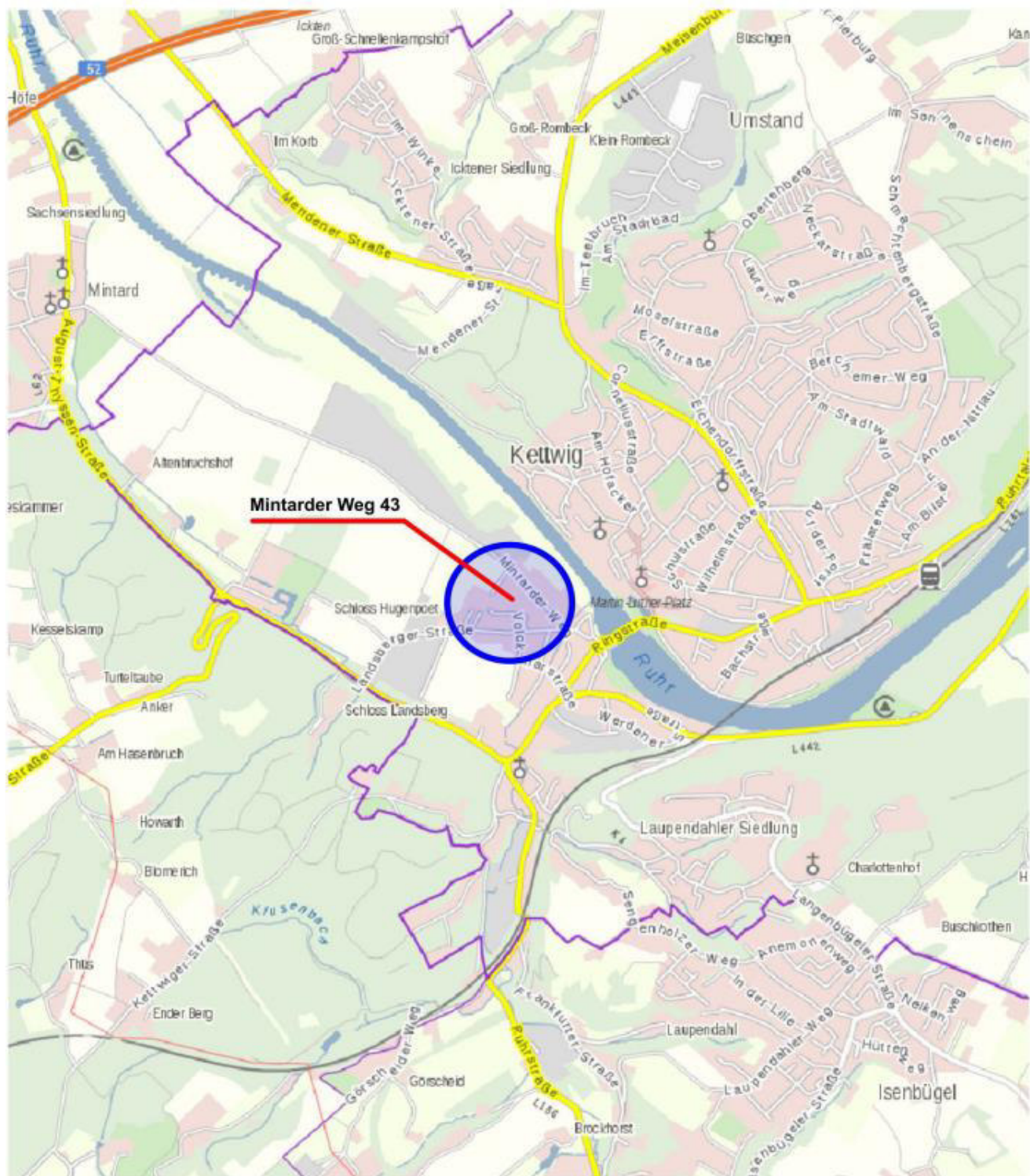


Dipl.-Geol. Gerd Hallermann
Geschäftsführer



i. A. Holger Bartel-Tesch
Projektleiter

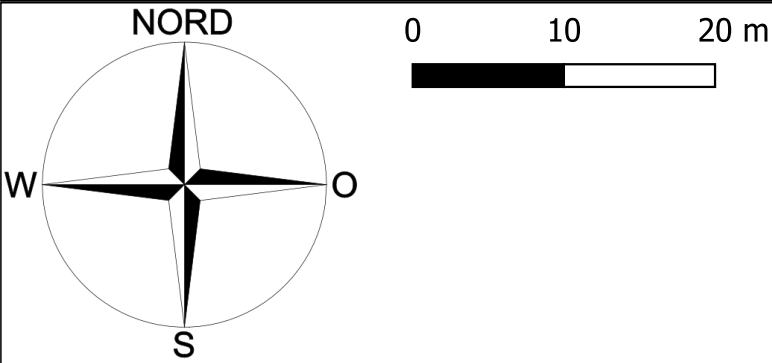
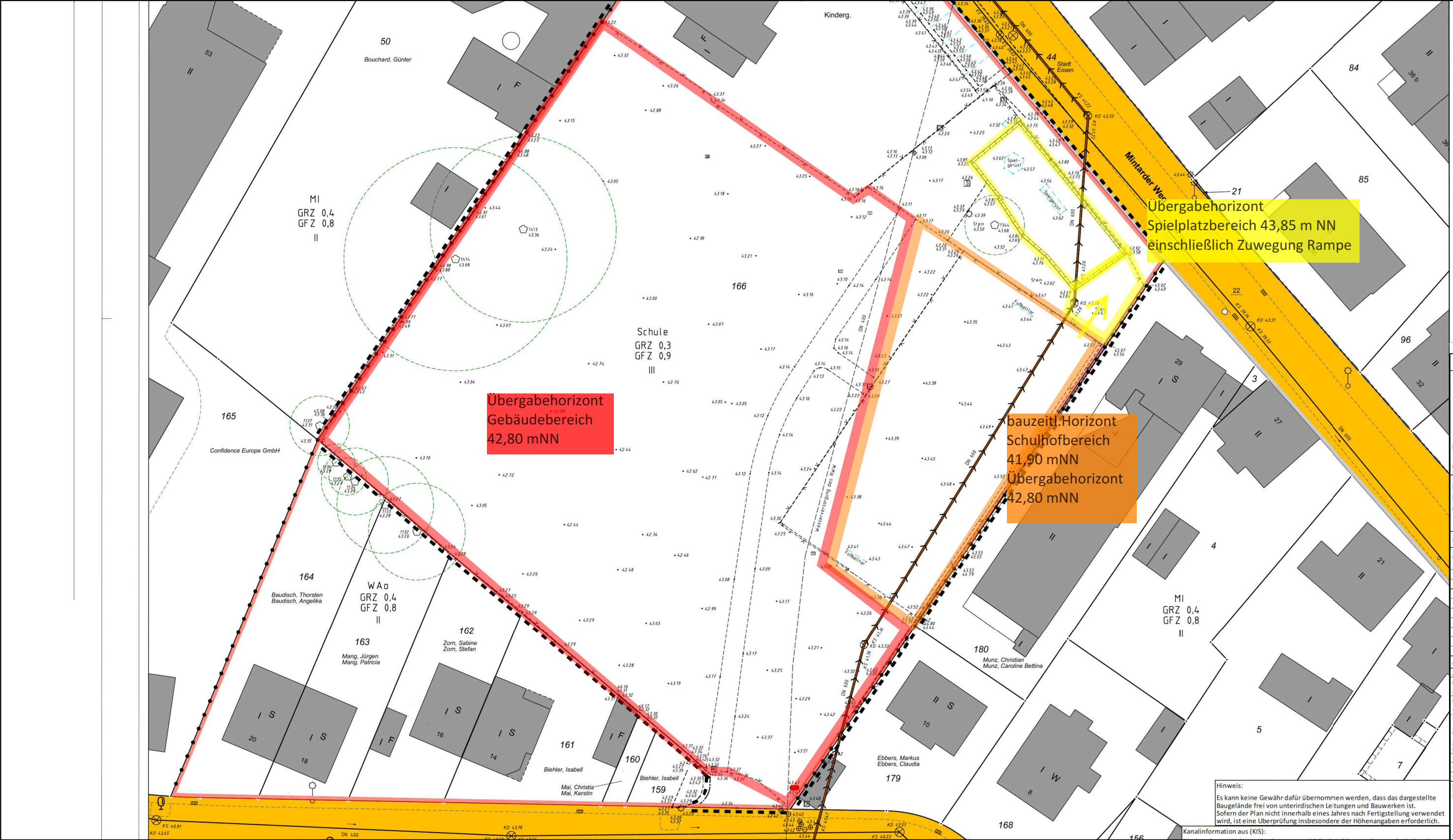
Verteiler: an: torben.affeldt@immo.essen.de
hanieh.babaei-dom@immo.essen.de
lidija.chudzinski@immo-essen.de



1:25.000

Lageplan übernommen von www.TIM-online.nrw.de. Achtung!
Die Maße sind in der Örtlichkeit zu überprüfen. Durch das Übertragen der
Pläne (scannen, kopieren) können sich Verzerrungen ergeben.

Projekt-Nr.	22-P-1824	Maßstab	-	Projekt	Neubau Schule an der Ruhr (MW43) Mintarder Weg 43, 45219 Essen
Bearbeiter	Ba	Datum	16.12.2024		
gezeichnet	-	Anlage-Nr.	1.1	Planinhalt	Übersichtslageplan
GLB Ingenieurgesellschaft für Bauwesen, Geologie und Umwelttechnik mbH BEWERTEN. PLANEN. BAUEN. GRUNDBAULABOR BOCHUM GMBH Kohlenstraße 70 44795 Bochum Tel.: +49 (0) 234 943 62-0 info@grundbaulabor-bochum.de				Auftraggeber	Stadt Essen -Fachbereich 60 Immobilienwirtschaft Lindenallee 59 – 67, 45121 Essen



Plangrundlage: Vorplan zum amtlichen Lageplan, BV Mintarder Weg 43 Stadt Essen, 22.04.2022					
Projekt-Nr.	22-P-1824	Maßstab	1:500	Projekt	Neubau Schule an der Ruhr (MW43), Mintarder Weg 43, Essen
Bearbeiter	Hu	Datum	21.11.2024		
gezeichnet	Ba	Anlage-Nr.	-	Planinhalt	Lageplan Herrichtung Baugrube
GLB Ingenieurgesellschaft für Bauwesen, Geologie und Umwelttechnik mbH BEWERTEN. PLANEN. BAUEN. Kühlenstraße 70 44795 Bochum GRUNDBAULABOR BOCHUM GMBH Tel.: +49 (0) 234 943 62-0 info@grundbaulabor-bochum.de				Auftrag- geber	Stadt Essen – Fachbereich 60, Lindenallee 59 – 67, Essen